DOI: 10.20378/irb-105919

Dieter Schäfer

Sozialer Umweltschutz

Alternative Möglichkeiten für Arbeit, Freizeit, Wohnen

I.

a)

Ökologie ist wörtlich genommen die Lehre vom Haus, von der Wohnung. Die Behausung des Menschen ist der sichtbarste Teil seiner Umwelt, die er selbst geschaffen hat. Sie ist zugleich einer der Faktoren seiner sozialen Umwelt, die ganz wesentlichen Einfluß auf sein Wohlbefinden haben, die persönlichkeits- und verhaltensprägend sind. Albert Schweitzer hat das sehr pointiert in den Satz gefaßt: „Zuerst bauen die Menschen die Häuser, dann bauen die Häuser die Menschen." Viel drastischer hat sich Gustav Schmoller ausgedrückt, als er meinte, man könne einen Menschen ebenso mit einer Wohnung umbringen wie mit einer Axt.

Die Krankheiten nicht nur begünstigenden, sondern geradezu verursachenden Wohnverhältnisse in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, auf die diese Sentenz zielte, sind zweifellos als Massenerscheinung überwunden. Aber gibt es nicht auch heute noch ungesunde Elendsquartiere, gibt es nicht auch heute noch Wohnungen, die krank machen? Wir haben Berichte, die das als wahrscheinlich erscheinen lassen. Allerdings ist selten zu hören, daß — wie früher insbesondere bei der Tuberkulose — Infektionskrankheiten oder andere körperliche Erkrankungen ursächlich auf schlechte Wohnverhältnisse zurückgeführt werden — obwohl es auch das gibt, z. B. den Befund, daß Bewohner der oberen Stockwerke von Hochhäusern signifikant häufiger von Erkältungskrankheiten befallen seien, was man durch die vermehrte Zufuhr von Erregern durch den Luftsog der Müllschluckanlagen zu erklären versucht

hat. Dagegen mehren sich die Befunde über psychische Störungen aufgrund bestimmter Wohnverhältnisse, wobei wiederum vor allem negative Wirkungen des Wohnens in Hochhäusern beschrieben werden bis hin zu deutlich höheren Selbstmordraten. In kontrollierten Experimenten ist nachgewiesen worden, daß Familien in den oberen Wohnungen von Hochhäusern erheblich häufiger von Neurosen befallen waren, wenig Freunde, wenig soziale Kontakte hatten und insgesamt ein hohes Maß von Unzufriedenheit äußerten. In einer kürzlich in London durchgeführten Studie über Zusammenhänge zwischen Wohnbedingungen und Vandalismus wurde festgestellt, daß jugendliche Zerstörungswut um so größer wird, je größer und dichter besetzt die Wohnblocks sind, ja daß sie sogar in direktem Zusammenhang mit der Anzahl der Stockwerke steht. Kinder aus den oberen Etagen zeigten eine ganz besondere Aggressionslust. Die Grenze für „brave" Kinder liegt nach dieser Studie bei fünf Stockwerken und maximal 15 Familien in einem Wohnblock. Wo sich nur wenige Wohneinheiten einen Hauseingang teilten und überdies eine Spielfläche vor dem eigenen Haus vorhanden war, gaben sich die jungen Hausbewohner am friedlichsten.

Welche Folgerung läßt sich daraus ziehen? Soll man den Bau von Häusern, die mehr als fünf Stockwerke haben, allenfalls noch für Bürozwecke genehmigen, für Wohnzwecke aber nicht mehr zulassen? Das käme sicher den Wohnwünschen der Bevölkerung entgegen, bei denen — wie alle diesbezüglichen Umfragen zeigen — das Einfamilien-Eigenheim eindeutig dominiert. Darin drückt sich das Bedürfnis nach Privatsphäre, aber auch die Erkenntnis aus, daß das Einfamilienhaus in der Regel günstigere Vorbedingungen für die familiale Sozialisation bietet als das Mehrfamilienhaus. In Einfamilienhäuser können Kinder leichter Kameraden mit nach Hause bringen, und sie besitzen von daher günstigere Entwicklungschancen sozialer Verhaltensweisen. Einfamilienhäuser bieten im Durchschnitt weit mehr Raum als Wohnungen in Mehrfamileinhäusern und zudem mehr Möglichkeiten für schöpferische Aktivitäten im Garten und in Nebenräumen. Sie haben außerdem

den Vorteil, daß die Gefahr der Belästigung von Nachbarn durch die Kinder wesentlich verringert wird und den Kindern daher ohne Angst vor entsprechenden Reaktionen der Nachbarn eine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt werden kann. Das ist deshalb sehr bedeutsam, weil bei restriktivem Erziehungsstil, der bei beengten Raumverhältnissen besonders naheliegt, zahlreiche sehr unerwünschte Sozialisationseffekte auftreten, die von einer gehemmten kognitiven Entwicklung über die Förderung von Aggressionen bis zur Begünstigung neurotischer Verhaltenstendenzen reichen können.

b)

Trotzdem wird man das Einfamilienhaus nicht bedingungslos favorisieren können. Abgesehen davon, daß rund 56 % aller Haushalte Ein- und Zweipersonen-Haushalte sind, für die das Einfamilienhaus oft nicht die ideale und erstrebenswerte Wohnform darstellt, würde solche Einseitigkeit bei der Genehmigung oder Förderung bestimmter Wohnbauten alle städteplanerischen Aspekte außer acht lassen. Die Städte würden in der Fläche ausufern, die benötigten Verkehrsflächen würden größer, die Verkehrswege länger, eine dezentralisierte Infrastruktur unwirtschaftlich. In der Stadtsoziologie und der Stadtplanung ist daher seit einer Reihe von Jahren zunehmend von Verdichtung, von mehr Urbanität, von Wiederbelebung der abends verödenden Innenstädte durch Wiederbesiedlung die Rede. Dem entspricht die verstärkte Förderung der Altbau- und der Altstadtsanierungen, die Abkehr vom Konzept der „verkehrsgerecht" geplanten Stadt, die Wiederentdeckung des Reizes gewachsener Stadtgestalten einschließlich der lange als Kitsch geschmähten Gründerzeit- und Jugendstil-Architektur und auch eine zunehmende Vorliebe für „stadtnahes Wohnen".

Bei dieser Sachlage ist es viel einfacher, Antinomien zu formulieren als Alternativen. Aber vielleicht ist das gerade ein Hinweis auf eine sinnvolle Antwort: Man sollte nicht an eine bestimmte Alternative zu heutigen Wohnformen

denken, sondern möglichst viele Alternativen offenhalten, fördern, schaffen. Die Chance, die Wohnumwelt menschlich zu erhalten oder zu gestalten, ist wahrscheinlich am größten, wenn auf größtmögliche Vielfalt und Variabilität Wert gelegt wird.

Beim Bau der einzelnen Wohnung sollte nicht von starren Grundrissen und nicht von einer starren Funktionsbestimmung einzelner Räume ausgegangen, sondern von vornherein die Möglichkeit zu baulichen Veränderungen und zu variabler Nutzung eingeplant werden. Das einzelne Wohnhaus sollte nicht aus einer endlosen Aneinanderreihung bzw. Aufeinandertürmung identischer Wohneinheiten bestehen, sondern nicht größer oder so gegliedert sein, daß es Hausgemeinschaft und Nachbarschaft ermöglicht und begünstigt. In jedem Wohnquartier sollte ein differenziertes Angebot von Wohnungen zur Verfügung stehen, die sich nach Typ, Größe, Ausstattung und Mietwert unterscheiden. Auf diese Weise sollte erreicht werden, daß das Angebot Haushalte verschiedenen Typs, verschiedener Größe und unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit anspricht. Da erfahrungsgemäß ein Umzug in ein und demselben Wohnviertel eher in Kauf genommen wird als ein Wegzug in ein anderes Viertel, wird damit auch eine gewisse Voraussetzung für eine höhere Wohnungsmobilität geschaffen.

Wohnen ist ein komplexer sozialer Tatbestand, die Wohnsituation ein wesentlicher Aspekt der gesamten Lebenssituation. Die Vielschichtigkeit des mit dem Begriff Wohnen verbundenen Problemkomplexes mag angedeutet werden durch den Hinweis auf Traditionen der Hausformen, Wohnungszuschnitte, der Möblierung, auf emotionale Bindungen an bestimmte Wohnungen und Wohnquartiere, auf die Chancen und Einengungen der Entfaltungsmöglichkeit des Individuums, die mit der materiellen und sozialen Seite des Wohnens verbunden sind. Wohnungen und ihre Lage sind an ein soziales Umfeld gebunden, das Häufigkeit und Art der sozialen Kontakte zu einem Teil bestimmt. Wohnungen sind mit niedrigem oder hohem Sozialprestige behaftet, in ihnen vollzieht sich familiales Leben, Arbeit,

Freizeitgestaltung. Diese Komplexität des Tatbestandes Wohnen spricht dafür, einen möglichst großen Komplex von Alternativen anzubieten.

c)

Auf eine sehr banale, aber sehr wichtige Alternative, die viele Haushalte heute immer noch nicht haben, muß noch kurz hingewiesen werden: auf die Alternative einer anderen als der bisher bewohnten, einer ausreichenden und angemessenen Wohnung zu tragbarer Miete. Sie ist trotz sozialem Wohnungsbau und Wohngeldgesetzgebung offensichtlich allzu häufig noch nicht gegeben, obwohl wir in den letzten 20 Jahren den Wohungsbestand verdoppelt haben und im statistischen Durchschnitt für jede Person in einem Privathaushalt 1²/₃ Räume zur Verfügung stehen. Die Wohnungsstatistik zeigt, daß selbst bei den relativ bescheidenen Mindeststandards der sogenannten Kölner Empfehlungen von 1971 (des Ständigen Ausschusses für Miete und Familieneinkommen im Internationalen Verband für Wohnungsbauwesen, Städtebau und Raumordnung), die für eine Familie mit zwei Kindern 70 qm Wohnraum und für eine Familie mit vier Kindern 107 qm vorsehen, rund die Hälfte aller Kinder unter 18 Jahren in rein flächenmäßig unzulänglichen Wohnungen lebt.

Diese Unterversorgung mit Wohnraum hängt eindeutig mit dem Haushaltsnettoeinkommen, der Kinderzahl und der Ehedauer zusammen. Junge Familien stellen daher eine besondere Problemgruppe in der Wohnungsversorgung dar. Sie haben häufig als Berufsanfänger noch ein relativ niedriges Einkommen und sind zu einem großen Teil auf Neubauwohnungen des laufenden Jahres angewiesen, die die höchsten Quadratmetermieten aufweisen. Hinzu kommen die einmaligen, mit der Gründung eines eigenen Haushalts verbundenen Kosten sowie teilweise die Beschaffung der Erstausstattung für ein Baby. Die Folge ist, daß ein Defizit in der Wohnraumversorgung gerade dort besteht, wo es für eine erfolgreiche Sozialisation am gefährlichsten ist. Schließ-

lich ist zu erwarten, daß die hohen Umzugskosten abschreckend auf das Suchen einer neuen größeren Wohnung wirken, so daß unter der Voraussetzung verbreiteter Geburtenplanung die zu kleine oder zu teure Wohnung zu einer Einschränkung der Geburtenzahl führen wird.

d)

Als Fazit bietet sich die Schlußfolgerung an, die der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim BMJFG in seinem Gutachten über „Familie und Wohnen" vor über vier Jahren gezogen hat: „Wenn unerwünschte Sozialisationswirkungen vermieden und allen Kindern ihren Fähigkeiten entsprechende Entwicklungschancen gewährleistet werden sollen, muß die Schaffung genügenden und qualitativ angemessenen Wohnraums sowie die Entwicklung einer kinderfreundlichen Umwelt als ein wichtiger Bereich öffentlichen Interesses und öffentlicher Investitionen gelten." Der Beirat hatte damals vor allem zwei konkrete Hilfemaßnahmen vorgeschlagen:

1. Eine Reform der Struktur des Wohngeldsystems mit dem Ziel, seine Höhe besser an die durch Einkommen und Kinderzahl differenzierte Leistungsfähigkeit der Familien anzupassen. Das erfordert, daß die Selbstbeteiligungsquote an den Mietkosten (umgekehrt als zum Teil bei der geltenden Regelung) mit niedrigerem Einkommen und höherer Kinderzahl abnimmt und daß die Einkommensobergrenzen, bei deren Überschreiten kein Wohngeld mehr gewährt wird, stärker nach der Kinderzahl differenziert werden.
2. Eine Reform der Eigenheim-Förderung, die der Struktur des verbesserten Wohngeldsystems folgt und das Ziel hat, die monatliche Belastung nicht über die durch eine Mietwohnung entstehende steigen zu lassen und insbesondere den Eigenheimerwerb in den frühen Phasen des Familienzyklus, in denen er für die Sozialisation der Kinder besonders wertvoll wäre, zu erleichtern. Das erfordert nicht nur eine entsprechende Verbilligung der

Nutzung des Eigenheims, sondern vor allem auch Möglichkeiten, die heute zum Bau eines Eigenheimes erforderliche Eigenkapitalbildung durch Fremdkapitalamortisation, das „Ansparen" durch ein „Nachsparen" zu ersetzen („Mietkauf").

Auf Einzelheiten dieser Vorschläge kann hier nicht eingegangen werden. Sie scheinen aber in der Tendenz richtig, zielführend und realisierungsreif zu sein.

II.

a)

Die Wohnung ist deshalb so wichtig — nicht nur für die Sozialisation der Kinder, sondern auch für die Lebensweise und das Wohlbefinden der Erwachsenen —, weil sie der Rahmen, das Gehäuse für den größten Teil des Lebens, das sich außerhalb der Arbeitszeit abspielt, für den größten Teil der „Freizeit" ist. Sie setzt die Bedingungen für Aktivität und Muße, für Erregung und Entspannung, für Kommunikation und Isolierung, für soziale Interaktion und Absonderung. Aber sie ist selbstverständlich nur ein Teil der sozialen Umwelt, obgleich sie wiederum, insbesondere durch ihre Lage, wesentlich die Beziehungen zu den anderen Teilen der sozialen Umwelt, die Intensität von Umwelterfahrung und Umweltkontakten beeinflußt. Für diese anderen Teile der sozialen Umwelt gilt nun ganz ähnlich wie für die Wohnung, daß sie jeweils einen Komplex darstellen, aus Architektur, darin ansässigen Institutionen und Organisationen und sozialen Interaktionen, die durch die Anordnung und die Ausstattung der Räume und die Regeln der Institutionen begünstigt oder behindert werden. Welcher Bestandteil dieses Komplexes für die Umweltbeziehungen des Menschen der wichtigste ist und welcher daher die meiste Aufmerksamkeit verdient, wenn die soziale Umwelt geschützt bzw. — was wohl richtiger ausgedrückt wäre — verbessert, gesünder werden soll, ist nun bei den einzelnen Teilen dieser sozialen Umwelt durchaus sehr unterschiedlich.

Bei einem Rentenversicherungsträger oder einem Einwohnermeldeamt ist das Entscheidende offensichtlich die Regel, nach der die Institution ihren Zweck erfüllt. Wenn man aber bedenkt, daß die Abneigung gegen Behörden vielfach in unfreundlichen Räumen und unpersönlicher Behandlung begründet ist, wird deutlich, daß auch die Architektur und die Interaktionsmuster beachtet werden müssen. Wie wichtig diese Aspekte sind, ist in letzter Zeit insbesondere für die Arbeitsämter immer mehr betont werden. Seit sich die Arbeitslosenquote „auf hohem Niveau stabilisiert" hat, ist viel davon gesprochen worden, daß die Arbeitsämter von der äußeren Erscheinung her weniger abschreckend werden und sich mit dem einzelnen Arbeitslosen aufmerksamer, intensiver und individueller beschäftigen müßten, wenn sie nicht zum Verlust der Selbstachtung des Arbeitslosen beitragen und wenn sie seine Kooperationsbereitschaft bei der Suche nach einem dauerhaften Arbeitsplatz gewinnen wollten.

Bei der unmittelbaren Wohnumwelt stehen dagegen die Interaktionsmöglichkeiten, die sozialen Kontakte in Hausgemeinschaft und Nachbarschaft im Vordergrund. Diese werden aber sehr stark von den architektonischen Gegebenheiten präformiert, von der Lage der Wohnungen zueinander in einem Haus und der Häuser zueinander in einem Wohnquartier, von der Anordnung der Wohnungseingänge und der Verkehrsflächen, der Flure und Treppenhäuser, von Spiel- und Kommunikationsflächen in den Häusern oder im Freien, schließlich auch von der Mischung der Familientypen und sozialen Schichten innerhalb eines Hauses oder eines Wohnquartiers.

Bei vielen Teilen der Umwelt, mit denen der Einzelne nicht unmittelbar in Kontakt tritt, bei der Wahrnehmung der sozialen Umwelt, etwa der Wohngemeinde als Ganzes spielt die architektonische Gestaltung, das Raumerlebnis eine dominierende Rolle. Wer etwa von Eindrücken erzählt, die er auf einer Reise gewonnen hat, berichtet vor allem von Landschaften und Städten, von Schlössern und Plätzen, von Fachwerkhäusern und malerischen Gassen, vielleicht noch von Sportstätten und guten Restaurants,

jedenfalls überwiegend von ästhetischen und anderen sinnlichen Genüssen. Dies ist offensichtlich der wichtigste Erlebnisbereich bei den Freizeitaktivitäten im engeren Sinne, den reinen Erholungsbeschäftigungen.

Bei der Mehrzahl der alltäglichen Freizeitaktivitäten außerhalb der eigenen Wohnung, die sich in Geschäften und Gaststätten abspielen, sind wieder alle drei Bestandteile des Komplexes „soziale Umwelt" untrennbar, wahrscheinlich gleichgewichtig verbunden. Vordergründig scheint es nur um gutes Essen und Trinken oder um gute Ware zu einem angemessenen Preis zu gehen. Aber ein Wirtshaus- oder Restaurantbesuch dient nicht nur einem Versorgungszweck. Es gibt gemütliche und ungemütliche, gepflegte und ungepflegte Gaststätten, triste und solche, wo „was los ist". Ähnliches gilt aber auch für Läden, bei denen es zunächst weniger offenkundig ist. Der amerikanische Psychologe Mehrabian hat in einem kürzlich erschienenen Buch über „Räume des Alltags" Läden unter der Überschrift „Spielumwelten" abgehandelt und dies in der Erwartung, daß es viele Leser überraschen wird, mit dem Satz begründet: „Da das Einkaufen für viele Menschen eine Quelle der Lust und Aufregung ist, sehe ich Orte, an denen Konsumartikel ausgestellt und verkauft werden, im Grunde als Unterhaltungsstätten an." Genau in diesem Sinne ist „to go shopping" eine lustbetonte Freizeitbeschäftigung, während die Herbeischaffung der nötigen Nahrungsmittel und Haushaltsartikel eine lästige und beschwerliche Arbeit sein kann.

b)

Auch für diesen Bereich sozialer Umwelt, den Freizeitbereich im weitesten Sinne, scheint zu gelten, was ich für die Wohnumwelt gesagt habe: daß es nicht nur schwer, sondern wahrscheinlich sogar falsch ist, vom Schutz der sozialen Umwelt, von einer verbesserten Gestaltung sozialer Umwelt in Alternativen zu reden. Soziale Umwelt muß vertraut sein und Neues, Überraschendes bieten, sie muß stabilisieren und provozieren, sie soll menschlich und ano-

nym sein, sie soll nicht aufregen und doch erregen, sie darf nicht mit Reizen überfluten und doch nicht reizarm sein, sie muß Dichte und zugleich Distanz ermöglichen. Sie müßte also immer so und gleichzeitig völlig anders sein. Das läßt sich sehr schwer in Programme, schon gar nicht in politische Handlungsalternativen fassen, obwohl politisches Handeln hier vielfach gefordert ist und eine alte Tradition hat. Die gesamte Bodennutzung und Bautätigkeit ist nie durch Märkte allein, sondern immer auch wesentlich durch öffentliche Instanzen geregelt worden.

An den simplen Alltagsbeispielen sind die Paradoxien und Polaritäten sozialer Umwelten unmittelbar anschaulich und einleuchtend: In einem völlig leeren Restaurant fühlt man sich ebenso unwohl wie in einem überfüllten — es sei denn, man feiere Karneval. Laute Musik kann in ausgelassene Stimmung versetzen, aber oft wird sie auch, wie schon Wilhelm Busch bezeugt hat, „nicht schön gefunden, weil sie stets mit Geräusch verbunden". Das Gedränge und die Hetze beim Einkauf vor dem abendlichen Ladenschluß erzeugen Nervosität und Gereiztheit in einem Ausmaß, daß eine Ärztegruppe die heutige Ladenschlußgesetzgebung vor kurzem als gesundheitsbedrohenden Streßfaktor bezeichnet hat; das Menschengewühl und geschäftige Hektik auf Jahrmärkten, Wochenmärkten oder orientalischen Basaren wird dagegen als Vergnügen genossen und als touristische Attraktion goutiert.

Solche Widersprüche lassen sich nicht auf einem goldenen Mittelmaß des Normalen ausgleichen, weil sie unterschiedlichen Bedürfnissen und unterschiedlichen Personengruppen zu unterschiedlichen Zeiten korrespondieren. Qualität der sozialen Umwelt erweist sich insofern gerade an der Vielzahl der Varietäten, weil sie Wahlmöglichkeiten und damit Freiheitsspielräume eröffnet und insoweit ist die Erhaltung und Förderung von Vielfalt wahrscheinlich der beste Schutz für die soziale Umwelt.

III.

a)

Aber nicht alle Widersprüche der bezeichneten Art, nicht alle extremen Ausschläge, in denen sich soziale Umwelten darbieten, sind Ausdruck eines solchen erwünschten reichhaltigen Angebots für weit ausschlagende Bedürfnis- und Stimmungslagen. Viele sind auch einfach Folge technisch notwendiger, natürlich bedingter oder gesellschaftlich gewollter zyklischer Abläufe.

Wenn zu bestimmten Stunden des Tages die Menschen in den Einkaufsstraßen und Warenhäusern sich gegenseitig auf die Füße treten und zur ersten Erholung nach getaner Arbeit die Abgase des mehr stehenden als rollenden Straßenverkehrs in sich aufnehmen, während wenig später die gleichen Straßen so leer sind, daß die Stadtplanung sich Gedanken darüber macht, wie ihrer „Verödung" entgegen gewirkt werden kann, dann liegt das gewiß nicht daran, daß sowohl dem Bedürfnis nach Betriebsamkeit und menschlicher Nähe wie dem nach Einsamkeit und Distanz Rechnung getragen werden soll, sondern schlicht und einfach daran, daß fast alle zur gleichen Zeit das Gleiche tun wollen oder müssen.

Mein akademischer Lehrer Hans Achinger hat vor vielen Jahren in einem Aufsatz im „Merkur" die „antizyklischen Gewinne und Genüsse" beschrieben, die denjenigen kostenlos oder sogar mit Preisnachlaß zufallen, die sich dem normalen Arbeits- und Freizeitrhythmus entziehen: die die Ausfallstraße für sich allein haben, wenn sie in der morgendlichen rush-hour aus der Stadt herausfahren, die in den frühen Vormittagsstunden jederzeit einen Sitzplatz in den öffentlichen Verkehrsmitteln finden und sich von sonst unbeschäftigten Verkäuferinnen in Ruhe bedienen lassen, die sich an einem normalen Wochentag mit dem gelangweilten Museumsdiener über die ausgestellten Bilder unterhalten, die außerhalb der Feriensaison die besten Hotelzimmer mit der zuvorkommendsten Bedienung genießen. Diese Sondervorteile wie die ihnen korrespondierenden Überfüllungs- und Mangelerscheinungen sind nur Folge des

Arbeits- und Freizeitzyklus und des daraus entstehenden Nachfragezyklus, auf den das Angebot nicht adäquat durch Einschränkung oder Ausdehnung reagieren kann.

Es ist zu erwarten, daß solche Angebotsanpassung in Zukunft nicht leichter wird, obwohl uns laufend verkündet wird, unsere Gesellschaft werde immer mehr eine Freizeit- und eine Dienstleistungsgesellschaft. Denn für die Frage, wann, zu welchen Zeiten am Tage, in der Woche und im Jahr man arbeiten solle und zu welchen nicht, ist die arbeitsrechtliche Normvorstellung zum allgemein erstrebten Verhaltensmuster, zum gesellschaftlichen Standard geworden. Freilich gibt es noch umfangreiche Ausnahmebereiche der Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit. Aber sie sind unbeliebt. Das Bestreben, zur gleichen Zeit zu arbeiten wie alle anderen, ist allgemein, auch in den Dienstleistungs- und Freizeitsektoren. Die Selbständigen passen sich dem an, teils weil auch sie lieber zu „normalen Zeiten" arbeiten wollen, teils, weil sie die Arbeitszeitwünsche ihrer Angestellten nicht ignorieren können. Die Folge ist, daß ein erheblicher Teil des Dienstleistungs- und Freizeitangebots zeitlich mit der Arbeitszeit, nicht mit der Freizeit der Mehrzahl der Erwerbstätigen zusammenfällt.

b)

Diese Orientierung am Arbeitszeitzyklus des Normalarbeitnehmers greift auch auf andere Bereiche über, die mit der zeitlichen Placierung der Arbeit zunächst nichts zu tun zu haben scheinen. Dafür nur zwei Beispiele:

1. Der Zyklus der Verkehrsspitzen zu Beginn und zum Ende der Normalarbeitszeit hat zu einer durchgreifenden „Rationalisierung der Nahverkehrssysteme" für die Pendlerströme geführt. Sie bieten demjenigen, der mit der Zeitung und einem Frühstücksbrot zur Arbeit fährt, oft eine fast ideale Transportmöglichkeit von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück. Aber für alte und behinderte Menschen, die Hilfe beim Ein- und Aussteigen brauchten und einen Sitzplatz gefunden haben müßten, ehe der Bus oder der Zug anruckt, für Mütter mit

Kinderwagen und Einkaufspaketen, für auswärtige Besucher mit Gepäck, die eine Auskunft brauchten und das Tarifsystem nicht erkennen, sind sie teilweise schlechterdings unbenutzbar geworden.

2. Die Forderung, das Schulsystem auf die 5-Tage-Woche umzustellen, ist nicht mehr neu, aber in letzter Zeit wieder drängender erhoben worden. Vielleicht ist die Ganztagsschule an 5 Tagen in der Woche eine Unterrichts-, Lern- und Sozialisationsform, die der Entwicklung der kognitiven und emotionalen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kinder förderlicher ist als die Halbtagsschule an 6 Tagen in der Woche. Das mögen Pädagogen und Entwicklungspsychologen untersuchen und entscheiden; ich fühle mich dazu nicht kompetent. Aber so lange nicht nachgewiesen ist, daß dieser Arbeitsrhythmus nicht kinderfeindlich, Kinder schädigend ist, so lange diese Umstellung vor allem mit dem Argument gefordert und begründet wird, am arbeitsfreien Samstag hätten die Eltern nun einmal eher Zeit für ihre Kinder als an anderen Wochentagen, bleibt — vorsichtig ausgedrückt — eine erhebliche Skepsis, ob es zum Wohle der Kinder ist, die Schule in dieser Art einfach der Arbeitszeitordnung der Erwachsenenwelt zu adaptieren.

Das alles gehört zur sozialen Umwelt des Menschen, einer Umwelt, die offensichtlich sehr stark von den Bedingungen und Erfordernissen des Arbeitslebens her strukturiert ist. Auch für diesen Bereich der sozialen Umwelt komme ich auf meine These zurück, daß die meisten humanen Qualitäten wahrscheinlich dann bewahrt oder erst geschaffen werden, wenn man nicht in einander ausschließenden Alternativen denkt, sondern die jeweils günstigste Alternative für eine spezielle Aufgabe sucht und so zu einer großen Varianz der Lösungen kommt.

Das darf freilich nicht dazu führen, sich mit punktuellen Lösungen zufrieden zu geben und Interdependenzen und Folgewirkungen zu übersehen. Das Schulsystem mag hier wieder als — zwar nur illustrativ gemeintes aber doch sehr instruktives — Beispiel dienen. Bei seiner Gestaltung sollte man sicher von der Frage ausgehen, wie die physische,

kognitive und sozialemotionale Entwicklung der Kinder, der Familienzusammenhalt und die Zufriedenheit aller Familienmitglieder am besten gefördert wird. Sollte sich herausstellen, daß die 5-Tage-Woche in der Schule zwar den Lernerfolg etwas beeinträchtigt, die Sozialisation der Kinder in der Familie aber so verbessert, daß sie sich insgesamt günstiger entwickeln, wäre der Verzicht auf den Samstag als Unterrichtstag zweifellos gerechtfertigt. Allerdings dürfen bei solchen komplexen Optimierungsüberlegungen nicht einzelne Komponenten als unantastbare Konstanten gesetzt werden. Man darf nicht davon ausgehen, daß die Arbeits-, insbesondere die Arbeitszeitordnung in Fabriken, Läden, Büros und Verwaltungen der dominante Bestimmungsfaktor sein müsse, dem sich die übrige soziale Umwelt anzupassen und unterzuordnen habe. Das wäre schon deshalb kurzsichtig, weil sich dann in Kürze die Frage stellen würde, ob auch die Schule zur 4½- oder 4-Tage-Woche übergehen soll.

IV.

a)

Allerdings ist die Arbeitsumwelt für die Mehrheit der Bevölkerung, direkt oder indirekt, so gewichtig und bedeutsam, daß ihre Dominanz, ihre Gravitationswirkung andererseits auch verständlich erscheint. Abgesehen von den Rentnerhaushalten muß sich der Lebensrhythmus weitgehend nach dem täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeitzyklus, bei Familien mit Kindern darüber hinaus nach dem Zyklus der Schulzeiten richten; und diese Zyklen sind so gut wie vollständig vorgegeben, jeder privaten, individuellen Entscheidung entzogen.

Die Arbeitsumwelt ist zweifellos der Teil der sozialen Umwelt, in dem die Menschen sich in der Regel am wenigsten gern aufhalten. So ist es nicht erstaunlich, daß sie versucht haben, die Zeit, während der sie sich dort aufhalten müssen, so kurz wie möglich zu halten. Daher ist die Verkürzung der Arbeitszeit von Anfang an zentraler Gegenstand gewerkschaftlicher Forderungen und sozialpoli-

tischer Gesetzgebung gewesen. Das war zunächst ein Kampf gegen zuviel Arbeit. Die Sozialpolitik hat seit 100 Jahren, ohne näher danach zu fragen, was Arbeit oder Muße als Lebensinhalt bedeuten, daran festgehalten, daß bei der Beschaffenheit des modernen Arbeitslebens die Erleichterung der Arbeit durch Verkürzung immer ein Fortschritt sei.

Diese Art des Kampfes gegen die Arbeit hat zunächst nichts mit dem Arbeitszyklus zu tun, von dem hier die Rede war. Aber sobald die Arbeitszeiten unter die Grenze der völligen physischen Auslastung gedrückt waren, stellte sich sofort die Frage, wie die erkämpfte arbeitsfreie Zeit auf die Stunden des Tages, auf die Tage der Woche, auf die Wochen des Jahres und auf die Jahre des Lebens verteilt werden soll. Ich brauche das nicht näher zu beschreiben; jeder kennt diesen Kampf um längeren Feierabend, längeres Wochenende, längeren Jahresurlaub und längeren Lebensabend, und dieser „Vierfrontenkrieg" ist ja gerade in jüngster Zeit wieder sehr lebhaft entbrannt.

b)

Der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit ist von der ursprünglichen Motivation her ein Kampf gegen gesundheitliche Schädigungen durch Arbeit. Unter diesem Aspekt wurde sehr frühzeitig neben der Länge der Arbeitszeit auch der zyklische Ablauf der Arbeit, die Zeiten, zu denen die Arbeit geleistet wird, interessant. Insbesondere die Nachtarbeit und die Arbeit in wechselnden Schichten (nicht aber die sonntags-, schon gar nicht die Samstagsarbeit) sind intensiv daraufhin untersucht worden, inwieweit sie zusätzliche physische und insbesondere nervliche Belastungen bei sonst gleichen Arbeitsbedingungen mit sich bringen.

Arbeitszeitregelungen und Arbeitszeitverkürzungen sind so Teil der umfangreichen sozialpolitischen Bemühungen um Arbeitsschutz. Unabhängig von der Länge und Zeit der Arbeit ist es immer auch um die Erleichterung der verbliebenen Arbeit gegangen, um die Minderung des Anteils der schweren Arbeiten mit der Gefahr allzu frühen Verschleißes der physischen Leistungsfähigkeit, der schmutzigen

in Hitze, Kälte und schlechter Luft zu verrichtenden Arbeiten mit der Gefahr dauerhafter gesundheitlicher Schädigungen, der besonders unfallgefährdeten Arbeiten und der Tätigkeiten, bei denen die Wahrscheinlichkeit für Berufskrankheiten besonders hoch ist. In einer ersten Phase sind dabei vor allem Frauen und Kinder als die am meisten Gefährdeten durch die sozialpolitische Gesetzgebung in Schutz genommen worden. Erst in einer zweiten Phase wird den Männern ein ähnlicher (wenn auch nie der gleiche) Schutz zuteil; und erst in einer viel späteren dritten Phase werden Arbeitserleichterungen gefordert und durchgesetzt, die weniger der Abwehr von Gefahren für Leib und Leben, sondern eher der Minderung von Arbeitslast und -leid dienen.

c)

Für diese Epoche der Sozialpolitik ist kennzeichnend, daß sie es immer mit den sichtbaren und greifbaren Gefahren für die Gesundheit zu tun hat. Sie korrespondiert damit einer naturwissenschaftlich orientierten Medizin, wie sie zur gleichen Zeit zur Blüte gelangte, zu der sich Sozialpolitik entwickelte. Sie ging von der allzu simplen Annahme aus, daß Arbeit immer gesünder und angenehmer werde, wenn sie leichter wird. Zwar ist schon sehr früh vermutet und behauptet worden, daß die Substitution von Muskelkraft durch Maschinen die Erschöpfung durch Arbeit nicht mindere, sondern lediglich von körperlicher Erschlaffung auf nervöse Überreizung und Ermüdung verlagere; doch hat man vor allem an Unfallgefahren gedacht, die durch Unaufmerksamkeit infolge von Übermüdung entstehen.

Erst durch die psychosomatische und die Sozial-Medizin ist genauer untersucht und belegt worden, daß der arbeitserleichternde technische Fortschritt nicht nur Gesundheitsgefahren beseitigt, sondern auch neue geschaffen hat. Ein Symptom dafür ist die Spitzenposition, die die Herz- und Kreislauferkrankungen sowohl in der Mortalitäts- als auch — von Erkältungskrankheiten abgesehen — in der Morbi-

ditätsstatistik einnehmen. Einwirkungen auf Pulsfrequenz und Blutdruck sind eindeutig meßbar, wo besonders hohe Wachsamkeit und Reaktionsbereitschaft verlangt werden, z. B. bei Piloten bei der Landung, bei TEE-Lokführern bei der Durchfahrt durch Bahnhöfe, bei Autofahrern bei Grenzgeschwindigkeiten ihres Wagens, aber auch bei Prüflingen im Staatsexamen, insbesondere bei unsicheren Stoffwechselstörungen, Turnusverschiebungen im Gefäßsystem und in den Muskeln, Fehlsteuerungen im endokrinen System und mannigfache Rückkoppelungen zwischen diesen physiologischen Abläufen sind als „psychosoziale Reaktionen" nachgewiesen. Rezeptions- und Wahrnehmungsstörungen, d. h. mangelnde Aufnahme oder falsche Verarbeitung von Informationen, treten bei psychischer Ermüdung auf, wie sie sich häufig durch ereignisarme Kontrolltätigkeiten mit reiner Aufmerksamkeitsleistung oder durch monotone Arbeitsvorgänge einstellt.

Es ist weder in diesem Referat möglich, noch kann es meine Aufgabe sein, über Einzelheiten solcher Untersuchungen zu berichten. Wer sich darüber informieren möchte, sei auf den Abschnitt „Theorien und Modelle" im ersten Band des Handbuchs der Sozialmedizin (Stuttgart 1975) verwiesen, insbesondere auf die Beiträge von König, von Hans Schaefer und Heinemann, von Delius und von Jansen. Lassen Sie mich aus dem Beitrag von Hans Schaefer und Heinemann nur wenige Sätze zitieren, die mir eine Art Resümee zu diesen neuartigen Gesundheitsgefährdungen zu sein scheinen, die wir üblicherweise als „Streß" zu bezeichnen pflegen: „Eine genetisch fixierte emotionale Reaktion muß dann zunächst sinnlos und schließlich schädlich werden, wenn die Umwelt es nicht mehr gestattet, den biologischen Sinn dieser Erbanlage zu effektuieren, z. B. körperlich zu kämpfen. Die moderne soziale Welt ersetzt den leiblichen Kampf durch den geistigen, bei gleichen biologischen Nebeneffekten. Die kompensierende Rolle eines erhöhten Muskelstoffwechsels entfällt. Damit wird das sich entsprechende System von Emotion und Umwelt zu einem Risikofaktor ersten Grades. Gegen emotionale Folgen von psychosozialen Reizen ist der Mensch biologisch nicht geschützt."

d)

Organisationssoziologie und Umweltpsychologie haben nachgewiesen, daß Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit einerseits, Wohlbefinden andererseits auch dort noch von der Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsorganisation abhängen, wo keine direkten (pathologisch-anatomisch bzw. klinisch-symptomatologisch nachweisbaren) gesundheitlichen Schäden zu ermitteln sind. Die für diese Problematik — auch in ihrem Bekanntheitsgrad — klassischen Untersuchungen sind die Hawthorne-Studien. Die dienten bekanntlich dazu, die sowohl für das Wohlbefinden der Arbeiter als auch für ihre Produktionsleistung besten Umweltbedingungen festzustellen. Sie führten jedoch zu dem Ergebnis, daß die Produktivität durch jede beliebige Veränderung, die vorgenommen wurde, gesteigert werden konnte. Sie wiesen so nach, daß es kein bestimmter Idealtyp von Form, Anstrich, Temperatur oder Ausleuchtung war, der eine Leistungssteigerung verursachte, sondern vielmehr die stark benötigte Veränderlichkeit der Umgebung bei der Verrichtung monotoner Arbeiten.

Die Folgerung, die man daraus gezogen hat, ist, daß bestimmte Verfahrenstechniken oder Vorgehensweisen, insbesondere das Fließband, aber auch ähnlich eintönige Verfahren bei Büroarbeiten, einfach deshalb angewendet werden, weil sie in der Vergangenheit funktioniert haben, nicht deshalb, weil sie unbedingt effizienter wären als andere. Diese Erkenntnis hat den Weg frei gemacht für all die Bemühungen, die man als Humanisierung der Arbeitswelt zusammenfaßt. Ich nenne nur die Stichworte der Organisationstechniken, durch die diese Bestrebungen realisiert werden sollen: job-rotation, job-enlargement, job-enrichment, teilautonome Arbeitsgruppen, menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes, Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Diese Techniken sind überwiegend anerkannt. Umstritten bleibt im wesentlichen ihre zweckmäßige Ausgestaltung und Anwendung einerseits, d. h. die Frage, wann und in welchem Umfang solche Veränderungen im Produktionsablauf vorgenommen werden können, ohne die Produktion

zu beeinträchtigen, ihr Effekt für humanere Arbeitsbedingungen andererseits, d. h. die Frage, ob sie nicht viel zu zaghaft, viel zu marginal seien, um Menschenwürde im Betrieb zu verwirklichen.

e)

Die Geschichte der sozialpolitischen Bemühungen um das Arbeitsverhältnis, an die ich kurz zu erinnern versucht habe, zeigt nirgends grundlegend neuartige Alternativen für die Gestaltung der Arbeitsumwelt. Aber sie zeigt auch, daß die Alternative zwischen ein bißchen mehr Fortschritt und ein bißchen mehr Beharrung, die es Dank der technischen Entwicklung immer gegeben hat, die Möglichkeit eröffnet hat, die Arbeitsbedingungen völlig neu zu gestalten. Diese Möglichkeit, die kleinen Alternativen haben wir heute auch, und zwar in allen Bereichen, von denen ich gesprochen habe. Es wird weitere Arbeitszeitverkürzungen geben, und sie sind legitim und bei weiterem technischen Fortschritt sogar wirtschaftlich notwendig. Gesundheitliche Gefahren gibt es am Arbeitsplatz noch viel zu viel, und der Unfall- und Umweltschutz sollte deshalb mit großer Anstrengung und Energie verbessert werden. Auf die psychosozialen Gefahren ist dabei besonders hinzuweisen. Sie sind etwas ganz Neuartiges, das einerseits noch sehr wenig bekannt ist und sehr wenig beachtet wird, andererseits wahrscheinlich sehr schnell zunehmen wird. Daß man Arbeit nicht nur physisch leichter und gesünder, sondern auch humaner gestalten solle, ist selbst als politische Forderung noch sehr neuen Datums und sicher noch nicht so weit durchgesetzt, daß die „quality of working life" bereits ein Optimum erreicht hätte. Jedenfalls bleiben uns noch viele Alternativen für Verbesserungen. Bei allen Entscheidungen sollten wir aber daran denken, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen mehr Humanität sich weder aus technischer Notwendigkeit noch aus ökonomischer Rationalität verbietet.

V.

Die Frage nach Alternativen für Arbeit und Freizeit hat jedoch noch eine ganz andere Dimension. Sie ist, wie viele andere Fragen, die uns beschäftigen, erst durch das Industriezeitalter aufgekommen. Bei einer durch Jahrhunderte fast gleichbleibenden Produktionstechnik und Wirtschaftsordnung stand sie in vorindustriellen Zeiten nicht zur Diskussion. Das ist so oft und so eingehend beschrieben worden, daß ich mich auf Stichworte zu Ihrer Erinnerung beschränken kann.

Alle vorindustriellen Arbeitsformen, die fast ausschließlich agrarisch und handwerklich waren, kannten nicht die strikte Trennung zwischen Produktions- und Konsumtionssphäre, zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch, zwischen Einkommenserzielung und Einkommensverwendung, zwischen Verdienen und Verbrauchen, zwischen Lebensunterhalt und Lebenserfüllung, zwischen Selbsterhaltung und Selbstverwirklichung, zwischen werteschaffender und sinnschaffender Betätigung, kurz zwischen Arbeit und Freizeit. Das alles hat uns erst das Industriezeitalter beschert. Es hat uns mit diesen Arbeits-, Verdienst- und Lebensformen gleichzeitig so viele Vorteile, so viel Wohlstand, so viel Wachstum und so viele Annehmlichkeiten beschert, daß es sicher nie einen Konsens geben wird, darauf wieder zu verzichten. Insofern wäre es absolut unrealistisch, über Alternativen zu diesen Formen von Arbeit und Freizeit ernsthaft diskutieren zu wollen.

Zu den Konsequenzen dieser Entwicklung gehört aber auch, daß diese streng geschiedenen Funktionen und Lebensbereiche für eine unterschiedliche gesellschaftliche Rollenzuweisung an die Geschlechter benutzt worden sind, die es in dieser Form vor dem Industriezeitalter ebenfalls nicht gegeben hat. Das individuelle Lohneinkommen als Hauptquelle des Familienunterhalts hat es dem Mann erst erlaubt, die Rolle des alleinigen Ernährers der Familie zu usurpieren, aus der sich dann alle Unterhaltsansprüche, vom Familienrecht bis zum Rentenrecht, ableiten. Der Ausschluß von der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit, gefördert durch

die sozialpolitischen Arbeitsschutzbestimmungen und durch ein Familienideal, wie es etwa in Schillers Glocke dargestellt ist, hat die Frau in die Rolle der wirtschaftlich völlig vom Mann Abhängigen gedrängt, die es in den vorindustriellen Arbeitsformen, in denen sie stets auch Arbeitsgefährtin des Mannes war, nicht gegeben hat. Erst so hat die heute als gesellschaftliche Norm geglaubte „Arbeitsteilung" zwischen Männern und Frauen entstehen können, die den Mann in der Rolle des produktiv Tätigen, des Arbeitenden, des für den Unterhalt der Familie Sorgenden und die Frau in der Rolle der die konsumtive Versorgung, die Privatsphäre und die Freizeit der Familie Ordnenden sieht.

Gegen diese Rollenzuweisung rebellieren heute die Frauen. Es mag zunächst fast schizophren erscheinen, daß sie nach jahrzehntelangem Kampf der Arbeiterbewegung gegen die fremdbestimmte Arbeit nun so vehement beanspruchen, den Männern bei der Leistung fremdbestimmter Arbeit gleichberechtigt zu werden. Das soll uns aber im Augenblick nicht beschäftigen. Der Vorgang als solcher ist Ihnen allen geläufig, und er wird an den verschiedensten Stellen mit viel Scharfsinn analysiert und in seinen Konsequenzen erörtert.

Für unseren Zusammenhang kam es mir nur auf den Hinweis an, daß uns diese Entwicklung vor ganz andere Alternativen für Arbeit und Freizeit stellen kann als wir bisher beachtet haben. Wenn Arbeit und Freizeit in der bisher für richtig gehaltenen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau nicht mehr akzeptiert wird und wenn die Annahme richtig ist, daß die Trennung von Erwerbsarbeit und arbeitsfreier Zeit irreversibel ist, dann stellt sich u. U. die Alternative, eine neue Familienverfassung zu finden: entweder die monogame Ehe als Lebensgemeinschaft aufzugeben oder die Rolle von Mann und Frau in bezug auf Arbeit und Freizeit gesellschaftlich völlig neu zu definieren.

Beide Alternativen wären sozialgeschichtlich gesehen revolutionäre Veränderungen. Es gibt, in anderen Ländern wahrscheinlich mehr als bei uns, Ansätze und Beispiele für beide. Ich wage am Schluß dieses Referates nicht mehr und beim heutigen Stand unserer soziologischen Erkenntnisse

noch nicht, eine bestimmte Entwicklung zu prognostizieren, schon gar nicht, eine bestimmte Gesellschaftspolitik zu empfehlen, aber wir sollten diese Alternativen bedacht haben, ehe sich eine von ihnen realisiert hat und wir deshalb keine mehr haben.

VI.

In diesem Referat habe ich keine dramatischen Veränderungen vorgeführt; ich habe keine gefunden. Ich sehe die *soziale* Umwelt des Menschen bei Wohnung, Freizeit und Arbeit nicht in einem Maße gefährdet, daß es zur Katastrophe kommen müßte, wenn wir nicht schleunigst umdenken und eine neue Politik einleiten, so wie es von der *natürlichen* Umwelt oft behauptet worden ist.

Das kann nun aber nicht heißen, die Probleme der Gestaltung sozialer Umwelt als unbedeutend abzutun und ihren Einfluß auf das Wohlbefinden des Menschen gering zu schätzen. Das Gegenteil ist wahrscheinlich der Fall. Ich habe versucht, verständlich zu machen, daß die soziale, insbesondere die Wohn- und die Arbeitsumwelt die Menschen vielleicht viel direkter betrifft und ihnen viel mehr unter die Haut geht als das, was man üblicherweise unter Umweltschutz versteht.

Aber wenn es auch weder bisher bei der Gestaltung sozialer Umwelten dramatische Umwälzungen gegeben hat (abgesehen von dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg) noch dramatische Aktionen hier und heute oder in der nächsten Zukunft notwendig erscheinen, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich durch beharrliche Kleinarbeit über lange Zeiträume in der Summe Veränderungen ergeben haben, die vielleicht teifgreifender und umwälzender sind, als durch scheinbar revolutionäre Taten hätten bewirkt werden können.

Was die Veränderungen der Wohnumwelt betrifft, darf ich nur noch einmal an die genannte Zahl erinnern, daß die Hälfte aller heute vorhandenen „Wohnumwelt" erst in den letzten 20 Jahren geschaffen worden ist. Was die Ver-

änderungen der Arbeitsumwelt betrifft, möchte ich Sie nur dazu anregen, die „Lage der arbeitenden Klassen", wie sie Marx — für die damalige Zeit sicher zutreffend — beschrieben hat, mit der heutigen Lage zu vergleichen. Das sollte ermutigen, Fortschritt durch kleine Schritte als etwas Großes anzusehen und anzustreben, auch wenn die großen Alternativen mehr Attraktivität haben mögen.

Zwei Punkte hatte ich allerdings genannt — und auch die möchte ich zum Schluß wiederholen —, die über die Fortsetzung beharrlicher Kleinarbeit hinaus besondere Aufmerksamkeit verdienen und vielleicht ganz neuartige Maßnahmen und Anstrengungen erfordern. Der erste Punkt ist der, den ich zuletzt genannt hatte: Das veränderte Rollenverständnis der Frauen, ihr Aufstand gegen die ihnen bisher gesellschaftlich zugeschriebene Rolle. Arbeit und Freizeit müssen als Folge dieses Aufstandes vielleicht völlig neu gesehen und zugeordnet werden. Der zweite Punkt ist der der neuartigen Gesundheitsgefahren, die — wenn ich es zweimal etwas zugespitzt ausdrücken darf — durch Streß als gesellschaftlichem Dauerzustand heraufbeschworen werden. Wir können und dürfen diese Gefahren nicht damit abtun, es sei jedermanns Privatsache, sich so viel zu ärgern und aufzuregen wie er will. Ich will die Gefahren, die durch Belastungen und Zerstörungen der natürlichen Umwelt entstehen, nicht herunterspielen und natürliche und soziale Umwelt nicht gegeneinander ausspielen. Aber vielleicht kann ich das Gewicht des Problems durch einen letzten Satz klar machen: In unserer Gesellschaft erkranken und sterben heute sehr viel mehr Menschen durch psychosozialen Streß als durch alle sogenannten Umweltbelastungen.